

● **Sonderklagerechte für Konzerne**

Die Abkommen räumen Konzernen das Recht ein, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen. Das nennt sich ISDS (Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren). Damit können die Konzerne gegen Gesetze oder Maßnahmen vorgehen, durch die sie ihre Investitionen und Gewinne beeinträchtigt sehen. Oft dienen solche Gesetze aber dem Gesundheits-, Verbraucher- oder Umweltschutz.

So klagt gegenwärtig der Energieriese Vattenfall gegen Deutschland und verlangt eine Entschädigung in Höhe von fast 4 Mrd. Euro für entgangene Gewinne durch den Atomausstieg. Grundlage für diese Klage ist die Energie-Charta, ein internationaler Vertrag der den Investorenschutz beinhaltet. Der französische Konzern Veolia klagt gegen Ägypten, weil dort der gesetzliche Mindestlohn erhöht worden ist. Finanzinvestoren klagen gegen Belgien, Spanien, Zypern und Griechenland auf Entschädigung, weil sie durch die

Verstaatlichung von Pleitebanken Verluste erlitten haben.

In vielen bereits abgeschlossenen Fällen wurden Staaten zu Strafzahlungen in Millionen- oder sogar Milliardenhöhe verurteilt, eine Höchstgrenze existiert nicht. Die Kosten tragen die SteuerzahlerInnen.

Die Klagen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor privaten Schiedsgerichten verhandelt. Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht.

● **Konzerne machen Gesetze**

Mit der Installation eines »Regulatorischen Kooperationsrates« soll ein Mechanismus etabliert werden, der Konzernen und ihren Verbänden ein verbindliches Mitspracherecht bei der Erstellung von Gesetzesentwürfen einräumt. Lange bevor Parlamente entsprechende Dokumente überhaupt zu Gesicht bekämen. Dies ist ein stiller Staatsstreich, mit dem die Demokratie ausgehöhlt wird.

marxistische linke

» ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ «

sammelt
Unterschriften
für



Gegenstand

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z.B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

Jean-Claude Juncker, neuer Präsident der EU-Kommission, ist ein piffiger Kopf: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt." (SPIEGEL, 27.12.1999)

Damit die nicht mehr weitermachen können - unterschreiben Sie die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA!

Vorname		Familiename	
Straße, Nr.			
PLZ	Wohnort	Land (z. B. Deutschland)	
Datum, Unterschrift			

einbringen an: Bettina Jürgensen, Starnberger Str. 84, 24146 Kiel

v.i.S.d.P. Leo Mayer, Nelkenweg 8, 85551 Kirchheim, E.i.S., 8.10.2014

Fünf Jahre lang verhandelte die Europäische Kommission im Auftrag der Regierungen der EU-Mitgliedsländer mit Kanada über das Freihandels- und Investitionsabkommen CETA. Geheim und ohne Informationen an die Öffentlichkeit. Jetzt wurde das Abkommen veröffentlicht. Änderungen sind nicht mehr möglich, sagen EU-Kommission und die kanadische Regierung.

CETA gilt als Blaupause für den Transatlantischen Handels- und Investitionsvertrag TTIP. Dieser wird derzeit zwischen EU und den USA ausgehandelt. Ebenfalls geheim.

Diese Abkommen drohen, Demokratie und Rechtsstaat, Arbeitsrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz zugunsten von Wirtschaftsinteressen auszuhebeln. Profitieren werden dabei vor allem große Konzerne, zum Nachteil aller.

Aber: Wir können TTIP und CETA noch verhindern. Dafür brauchen wir dringend Ihre Hilfe: Bitte unterzeichnen Sie die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative!

Stop TTIP ist ein Bündnis von mehr als 240 Organisationen aus ganz Europa. Gemeinsam wollten wir eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA durchführen. Die EU-Kommission hat diese jedoch nicht zugelassen. Sie will weiter im Geheimen verhandeln und keine öffentliche Debatte.

Die Argumente für diese Entscheidung halten wir für juristisch falsch. Deshalb klagt Stop TTIP vor dem Europäischen Gerichtshof.

Gleichzeitig führen wir die EBI trotzdem durch – dann eben selbstorganisiert! Eine juristische Auseinandersetzung kann lange dauern, TTIP und CETA müssen aber jetzt gestoppt werden. Unterstützen Sie die Europäische Bürgerinitiative mit Ihrer Unterschrift gegen diese beiden Abkommen!

www.kommunisten.de

Wir richten unseren Aufruf an die EU-Institutionen – die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union – sowie an die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsstaaten, damit diese schnellstmöglich die TTIP-Verhandlungen und die Ratifizierung von CETA aussetzen.

Sie können auch im Internet unterzeichnen: <http://stop-ttip.org/de/>

Wo liegt das Problem?

• **Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen kommen unter Druck**

Offiziell heißt es, diese Freihandelsabkommen schaffen Arbeitsplätze. Dabei wird aber weniger mit Fakten argumentiert als mit Glauben. Denn selbst die EU-Kommission muss in einer Studie zugeben, dass die Wirkungen – wenn überhaupt – minimal sind.

Dafür besteht die Gefahr eines verschärften Standortwettbewerbs mit einer Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Zwar wird im Mandat der Kommission festgehalten, dass nationale Arbeits- und Sozialstandards erhalten bleiben sollen, nicht-destotrotz besteht die Gefahr, dass die Konzerne im Rahmen einer transatlantischen Freihandelszone die unterschiedlich hohen Standards so ausnutzen, dass für sie nur die niedrigsten angewandt werden.

Die Gefahr einer solchen Abwärtsspirale hat sich bei anderen Freihandelsabkommen bereits bestätigt. Mit Blick auf die EU wird beispielsweise sichtbar, wie schwache bzw. fehlende Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt zu einem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse, steigenden Einkommensunterschieden und verstärktem Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen führen.

• **Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird nicht erzwungen, heißt es. Stimmt. Aber wenn einmal privatisiert, dann auf ewig. Denn die Abkommen verbieten, dass Kommunen z.B. die einmal privatisierten Krankenhäuser, die Wasserversorgung, den Personennahverkehr oder die Müllabfuhr wieder in die eigenen Hände nehmen. Da können durch die Privatisierung die Gebühren noch so hoch und die Qualität noch so schlecht geworden sein.

Außerdem dürfen öffentliche Betriebe gegenüber den privaten Konkurrenten aus dem europäischen Raum, aus den USA oder Kanada nicht bevorzugt werden. Lokale Wirtschaftsförderung oder sozial-ökologische Beschaffung würde erschwert oder zum Teil verboten.

Staatliche Kulturförderung oder die Buchpreisbindung sind in Gefahr, als Handelshemmnis oder unerlaubte Bevorzugung deklariert und abgeschafft zu werden.

• **Abbau von Verbraucherschutz**

Bei einer gegenseitigen Anerkennung von Standards gelten faktisch nur noch die jeweils schwächsten Regelungen.

Lebensmittelstandards und Verbraucherschutz bei Kosmetika und Arzneimitteln drohen an US-amerikanische Standards angeglichen zu werden. US-amerikanische Unternehmen könnten beispielsweise Genmais oder in der EU verbotene Chemikalien nach Europa liefern, EU-Finanzdienstleister hochriskante Geldanlagen in den USA verkaufen.

Mit CETA und TTIP soll der europäische Markt für Kraftstoffe aus Fracking und Teersanden geöffnet werden – mit gravierenden Folgen für Umwelt und Klima.